



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 07.07.2026 – Auszug aus Drucksache 19/12945 –

Frage Nummer 35 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Christiane
Feichtmeier**
(SPD)

Vor dem Hintergrund zunehmender Hitzebelastungen in Bayern sowie der öffentlichen Äußerungen der Staatsregierung zur Notwendigkeit eines besseren Hitzeschutzes und zur Anpassung von Tagesabläufen an extreme Temperaturen frage ich die Staatsregierung, welche Ressorts, Behörden und nachgeordneten Dienststellen verfügen über eigene Konzepte oder Handlungsanweisungen, inwieweit gelten besondere Regelungen für Beschäftigte mit Außendienst, Schichtdienst, Uniform- oder Schutzkleidungspflicht, etwa bei Polizei, Justizvollzug, Straßenbau, Forstverwaltung oder Katastrophenschutz, und welche besonderen Schutzmaßnahmen bestehen für vulnerable Beschäftigtengruppen, insbesondere Schwangere, ältere Beschäftigte, Menschen mit Vorerkrankungen oder schwerbehinderte Beschäftigte?

Antwort des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Es bestehen über die Rechtsvorschriften des Arbeitsschutzes (Arbeitssicherheitsgesetz, Arbeitsschutzgesetz und darauf beruhende Verordnungen, insbesondere hier zu nennen die Arbeitsstättenverordnung - ArbStättV) hinaus keine ressort- oder berufsgruppenspezifischen Regelungen (z. B. zu Außendienst, Schichtdienst, Uniform-/Schutzbekleidung, Polizei-/Justizvollzug, Straßenbau, Forstverwaltung, Katastrophenschutz). Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Tätigkeitsfelder und Belastungsexpositionen auch innerhalb der einzelnen Berufsgruppen werden die erforderlichen Maßnahmen vielmehr aufgrund konkreter dienststellenbezogener Gefährdungsbeurteilungen durch die jeweiligen Dienststellenleitungen getroffen. Hierfür sind die entsprechenden dienststellenspezifischen Konzepte und Handlungsanweisungen heranzuziehen.

Eine ressortübergreifende Abfrage zu diesen dienststellenbezogenen Regelungen ist in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen.

Im Übrigen wird auf Ziffer 3.5 des Anhangs der ArbStättV sowie die Antwort zu Nr. 7.2 aus der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 25.08.2025 (Drs. 19/8741) verwiesen.